

Die Bezirksabgeordneten der SPD bemühen sich seit vielen Jahren erfolglos um die Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Bezirksamtsbereich. Dabei lassen sie die rechtlichen Rahmenbedingungen oft gänzlich außer Acht oder holen keine ausreichenden Informationen bei ihren Initiativen ein. Ein besonders krasses Beispiel ereignete sich in der Sitzung der Bezirksversammlung im Februar 2023.

Die SPD hatte mit der Drucksache 21-2756 einen Antrag eingereicht mit der Forderung, an die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg die Genehmigung von medizinischen Versorgungszentren an eine Garantie zur Sicherstellung der Versorgung vor Ort zu knüpfen und eine Verlegung von Sitzen aus Regionen wie Süderelbe oder Harburg nicht zuzulassen, wenn im Bezug auf die Region eine rechnerische Unterversorgung entstehen würde.

Widerspruch der anderen Fraktionen

Die anderen Fraktionen haben dem Antrag, der debattiert worden ist, ausdrücklich widersprochen. Für die CDU-Fraktion hat deren gesundheitspolitische Sprecherin und Oberärztin Brit-Meike Fischer-Pinz ausführlich dargestellt, aus welchen Gründen der Antrag falsch und nicht zustimmungsfähig sei. Insbesondere hat die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration Stellung genommen und auch die Vorwürfe gegen das Avi Medical in dem Bereich Heidbrook ausführlich widerlegt. Der Antrag hat sich daher aus fachlicher Sicht als Flop herausgestellt.

Warnungen ignoriert

Gleichwohl hatte die Koalition aus SPD und GRÜNEN einen entsprechenden Beschluss gefasst gegen die Warnungen der anderen Fraktionen.

Nachfolgend der Debattenbeitrag der CDU-Abgeordneten Brit-Meike Fischer-Pinz, den sie am 28.02.2023 in der Bezirksversammlung Harburg gehalten hat.



Brit-Meike Fischer-Pinz

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren, liebe Kollegen der SPD-Fraktion,

die CDU-Fraktion teilt zu 100% Ihre Einschätzung – und das haben wir hier oft diskutiert –, dass die Situation der medizinischen Versorgung in Harburg und Süderelbe gerade auch im Hinblick auf die wachsenden Neubaugebiete und insbesondere im hausärztlichen Bereich problematisch ist und dass Politik sich mit dieser Problematik, die die Menschen vor Ort ja wirklich sehr trifft, auseinandersetzen muss.

Ich glaube auch, das versuchen auch Sie mit Ihrem Antrag. Aber aus meiner Sicht misslingt es Ihnen an dieser Stelle leider vollkommen und darum halte ich Ihren Antrag in dieser Form auch nicht für zustimmungsfähig.

Als ich den Antrag gelesen habe, war ich erstmal ziemlich verwundert und ich bin mir bis jetzt nicht darüber im Klaren, ob nun Unwissenheit das Problem ist (das kann ja eigentlich nicht sein) oder ob es sich um einen populistischen Versuch handelt, sich in dieser Sache in der Öffentlichkeit als „Macher“ zu verkaufen (das möchte ich Ihnen nicht unterstellen). Aber was gilt dann?

Ihr Antrag ist – bis ins Petitum hinein – inhaltlich fehlerhaft, er ist auch in der Problemanalyse – aus meiner Sicht – hinter der Zeit her. Er arbeitet mit Unterstellungen und in seinem Gesamttenor schadet er dann am Ende mehr als er nutzt. Das ist bei einem so wichtigen Thema sehr schade.

In Ihrem Petitum möchten Sie die Kassenärztliche Vereinigung auffordern, Genehmigungen von MVZ (Medizinischen Versorgungszentren) an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Aber es ist doch gar nicht die KV, die die Genehmigungen erteilt.

Sie sind Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit. Sie sprechen über dieses Thema seit Jahren und Herr Afful als KV-Vorstand war im letzten Jahr – ich glaube doch sogar auf Ihren Antrag hin – im SIGI und hat die Vorgänge nochmals genau erklärt.

Für solche Genehmigungen ist der Zulassungsausschuss zuständig und das ist ein paritätisch besetztes Gremium aus Vertretern der Ärzteschaft und der Krankenkassen, das auf dem Boden bestimmter Verordnungen entscheidet. Sie richten den Antrag also an den falschen Adressaten und fordern etwas rechtlich Unmögliches.

Außerdem soll dieser Adressat die Verlegung von ärztlichen Sitzen im Hinblick auf Unterversorgungen verhindern. Aber auch da wissen Sie doch, dass es entsprechende Regularien bereits gibt und dass sie inzwischen auch greifen. Der Nachfolger muss seinen Fortführungswillen vor Ort bekunden und erklären und sicherstellen, dass er für mindestens fünf Jahre örtlich gebunden bleibt. Außerdem gibt es für Umzüge die 2 km-Luftlinien-Regel.

Und dann nennen Sie mir doch bitte einmal einen einzigen Sitz, der in den letzten zwei Jahren aus Süderelbe, wie Sie das hier nennen, „still und heimlich“ woanders hin weggekauft worden sein soll.

Dieses Prinzip von Hamburg als ein Gesamtversorgungsgebiet, das kann man kritisch sehen und das war vor 10 – 15 Jahren bestimmt auch problematisch für die Verteilung. Aber im Hier und Jetzt ist das riesige maßgebliche Problem der massive und perspektivisch immer noch schlimmer werdende Ärztemangel. Wenn Sie einem nicht vorhandenen Arzt verbieten wollen, einen Sitz zu verlegen, dann erreichen Sie für die medizinische Versorgung vor Ort rein gar nichts.

Dann zu der Praxis von Avi Medical im Fischbeker Heidbrook:

Wissen Sie, was ich als erstes denke, wenn ich so ein „Praxis-vorübergehend-geschlossen“-Schild lese, wie Sie es hier zitieren?

Das erste was ich denke ist, Ihnen geht es genau wie uns in der Klinik, bei denen sind auch alle anderen krank und die haben auch keine Leute mehr. Und wenn ich dann in diesem Fall auf die Homepage des Unternehmens schaue, sehe ich bei den Stellenanzeigen sofort, es werden händeringend Ärzte für den Standort Fischbek gesucht.

Und wenn ich dann der Argumentation Ihres Antrages folge, dass das ganze und besonders der Verweis auf zentral gelegene Praxen „Bände sprechen“ würde, dann frage ich mich wirklich, ob Sie wissen, wovon Sie sprechen. Sie müssen solche Unternehmen nicht sympathisch finden, aber ist Ihnen eigentlich klar, was die Einrichtung einer ärztlichen Praxis kostet mit allen Geräten, Lizenzen usw... Da soll ein Unternehmen hunderttausende Euro investieren - denn die Praxis in Fischbek ist ja ausgestattet und voll eingerichtet – soll Hunderttausende vor Ort investieren und dann ein Schild an die Tür hängen, um Patienten woanders hin abzuziehen, das ist doch ein absurder Gedanke!

Aber Sie können ihn bestimmt belegen, denn Sie haben ja sicher als erstes mit dem betroffenen Unternehmen, über das Sie sich hier auslassen, gesprochen und sich sachkundig gemacht.

Haben Sie nicht?

Wenn Sie das nämlich getan hätten, dann wüssten Sie jetzt, dass die dort in Teilzeit tätige Ärztin unerwartet längerfristig erkrankt ist, dass man, weil man vor Ort einfach keinen Ersatz findet, dann eine Kollegin aus Berlin gewinnen konnte, die gependelt ist, das aber nur vorübergehend möglich machen konnte und dass man jetzt wieder händeringend Ärzte sucht, weil man den Standort, in den man investiert hat und für den man im Moment ja die Kosten tragen muss, ohne Umsatz zu machen, unbedingt schnellstmöglich wieder öffnen will.

Nachdem ich mit den Kollegen dort gesprochen habe, habe ich erstmal nicht den Eindruck, dass irgendetwas von Ihren Vermutungen zutrifft und ich kann Ihnen aber sagen, dass man dort ziemlich angefasst war, angesichts Ihres Antrages.

Liebe Kollegen, jetzt haben wir für den Standort Heidbrook wirklich jahrelang nach einem Arzt gesucht, jahrelang flogen mir aus dem Hamburger Ärzteblatt Hochglanzbroschüren der IBA entgegen und nichts hat sich getan. Und jetzt hat sich jemand für den Standort gefunden und investiert vor Ort und Sie gehen in so einer Situation hin, ohne sich direkt informiert zu haben und formulieren öffentlich diese Annahmen. Ich frage mich, was soll die Konsequenz daraus sein.

Soll so ein Unternehmen jetzt feststellen, wir sind hier in unserer Organisationsform politisch nicht gewollt und dann lieber in eine andere Stadt gehen. Politik muss sich doch auch gut überlegen, wie sie mit Unternehmergeist und Selbständigkeit umgeht. Wissen Sie, ich hänge auch an den klassischen Hausarztpraxen. Aber dann müssen wir uns politisch auch ehrlich machen: Das ist ein Modell, das von bundespolitischer Seite und ausdrücklich nicht nur, aber eben maßgeblich, doch auch unter Beteiligung von SPD-Regierungen wirklich kaputt gemacht worden ist, wie eben auch der ärztliche Beruf, dieser wunderschöne Beruf in Deutschland von bundespolitischer Seite so ausgebremst und blockiert wird, dass er jetzt vor dieser massiven Versorgungslücke zwischen hausärztlichem Bedarf und verfügbaren Hausärzten steht.

Und damit komme ich zum letzten Punkt.

Als ich Ihren Antrag gelesen habe, habe ich mich auch gefragt, ob Sie überhaupt mitkriegen, was in Hamburg unter den niedergelassenen Ärzten im Moment los ist. Ob Sie mitkriegen, dass die Kollegen seit Monaten massiv protestieren, weil Herr Lauterbach die Neupatientenregelung wieder abschaffen wollte aber inzwischen auch gegen allen Protest abgeschafft hat. Damit ist ein wirksames Anreizsystem, das gut für die Patienten und gut für die Ärzte war, wieder weggefallen und der emotionale Kollateralschaden auf Seiten der Ärzteschaft ist groß.

Und wenn es Ihnen hier wirklich um die Sicherung der medizinischen Versorgung geht, dann frage ich mich, was sagen Sie eigentlich dazu und wo haben Sie als Gesundheitspolitiker sich positioniert und an die Seite der Ärzte gestellt, als die nochmal deutlich gewarnt haben, vor dem was kommen wird, nämlich verkürzten Sprechzeiten, Aufnahmestopps in Praxen, längeren Wartezeiten. Haben Sie Ihrem Bundesgesundheitsminister gesagt, so geht es nicht, uns werden hier vor Ort im echten Leben die letzten Ärzte auch noch verprellt?

Ich sage Ihnen, wer heutzutage politisch etwas für eine gute Patientenversorgung tun will, der muss sich an die Seite der Ärzte stellen und nicht hilflos solche fehlerhaften unwirksamen und letztlich dann ja auch doch auch irgendwie populistischen Anträge stellen.

Jetzt sind wir hier in der politischen Debatte aber ganz ehrlich. Wenn ich Ihr fachlicher Berater gewesen wäre, dann hätte ich Ihnen gesagt, diesen Antrag kann man so auf keinen Fall stellen.

Und mein dringender Vorschlag wäre auch jetzt noch, stellen Sie den Antrag zurück und lassen Sie uns erstmal gemeinsam die Leute von Avi Medical in den SIGI einladen, um uns über dieses Praxismodell und die Problematik vor Ort zu informieren und zu schauen, ob man politisch vielleicht noch etwas zusätzlich wirksam und lösungsorientiert machen kann.

Das wäre besser für die uns ja allen eigentlich gemeinsame Sache. Vielen Dank!

P.S.: Zwischenzeitlich haben Vertreter von AVI Medical in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Gesundheit und Inklusion (SIGI) vom 15.5.2023 die Vorwürfe nach Einladung durch die CDU-Fraktion nachhaltig widerlegt.